



Hochwasser in der Dominikanischen Republik

KARIBIK

Reißende Fluten

Illegale Bebauung von Flussufern hat auf der Insel Hispaniola dazu beigetragen, dass bei der jüngsten Unwetterkatastrophe bis Donnerstag etwa 2000 Menschen ums Leben kamen. Nach sintflutartigen Regenfällen hatte sich das ausgetrocknete Bett des Río Blanco im Grenzgebiet zwischen Haiti und der Dominikanischen Republik binnen Minuten mit Wasser gefüllt. Die Flut riss etwa 300 Hütten mit, die Landarbeiter an den Ufern errichtet hatten. Die meisten Opfer sind Haitianer. Zehntausende Wanderarbeiter aus dem bettelarmen Karibikstaat strömen jedes Jahr illegal in die benachbarte Dominikanische Republik, um dort bei der Zuckerrohrernte zu hel-

fen. Die Bebauung der Flussufer ist verboten, doch die meisten Siedler ignorieren das. Sie haben kein Geld für eine legale Behausung und besetzen daher öffentlichen Grund. Der Río Blanco, der in Haiti entspringt, führte seit Jahren kein Wasser, deshalb hatten die Behörden nichts unternommen. Haiti, dessen Wälder zu 90 Prozent abgeholzt sind, leidet normalerweise unter extremer Dürre. Bereits einen Tag nach der Katastrophe war das Flussbett wieder trocken. Experten machen auch den weltweiten Klimawandel für die Tragödie verantwortlich. Starke Regenfälle treten normalerweise erst während der Wirbelsturmzeit im August und September auf.

IRIS PEREZ / AFP

AUSTRALIEN

Tragisches Versäumnis

Vor den Terroranschlägen von Bali, denen auch 88 Australier zum Opfer fielen, hatte die Regierung in Canberra keine Reisewarnung ausgegeben – obwohl Anlass bestand. Während das Außenministerium Indonesien-Touristen noch am Tag der Attentate, dem 12. Oktober 2002, lediglich zu einem „hohen Maß an persönlicher Vorsicht“ riet und die Botschaft in Jakarta Bali sogar für „ruhig“ erklärt hatte, war der Kenntnisstand von Militärs, Diplomaten und der australischen Fluggesellschaft Qantas seit längerem viel beunruhigender. Von Juli an hatten verschiedene Geheimdienste mehrfach vor Attentaten auf Bali gewarnt. Ende des Monats hatte Qantas seinem Personal geraten, besonders beliebte Hotels und Nachtclubs auf der Insel zu meiden. Am 12. August stuften australische Spionagedienste das Risiko für Indonesien noch weiter hoch. Mitglieder eines Untersuchungsausschusses halten es für möglich, dass die um ihr Geschäft besorgte Fluglinie die Regierung bedrängt hat, von einer offiziellen Reisewarnung abzusehen, was beide Seiten bestreiten. Der Inlandsgeheimdienst Asio bestätigte allerdings, Qantas habe im Juli 2002 versucht, für Bali eine beruhigendere Sicherheitsprognose zu erhalten als für das übrige Indonesien. Dies sei abgelehnt worden, teilte Premierminister John Howard mit. Bali ist eines der beliebtesten Auslandsziele australischer Urlauber.

VENEZUELA

Washington droht Chávez

Die US-Regierung erhöht den Druck auf Präsident Hugo Chávez, eine Volksabstimmung über seine Amtsenthhebung zuzulassen. Der Nationale Wahlrat will Anfang Juni entscheiden, ob die Opposition genügend Stimmen gesammelt hat, um das Referendum durchzuführen. Chávez-Gegner hatten im Dezember 3,4 Millionen Unterschriften vorgelegt. Der Wahlrat erkannte jedoch 1,5 Millionen nicht an; die noch benötigten 600.000 Unterschriften müssen „rückbestätigt“ werden. Für den Fall, dass Chávez das für August geplante Referendum mit neuen Tricks verhindert, hat ein Vertreter des US-Außenministeriums



Chávez vor Sympathisanten in Caracas (am 16. Mai), bei einer Pressekonferenz



ANDREW ALVAREZ / AFP

„Konsequenzen“ angekündigt. Washington fürchtet ein Regime nach kubanischem Vorbild. Chávez hatte jüngst die Bevölkerung zur Bildung ziviler Milizen aufgerufen. Wie die „Komitees zur Verteidigung der Revolution“ in Kuba sollen sie „subversive Elemente“ denunzieren. Kürzlich ließ Chávez etwa hundert

Kolumbianer verhaften, die angeblich rechtsradikalen Paramilitärs angehören und ihn im Sold der Opposition stürzen wollten. Beweise präsentierte er nicht. Die Opposition behauptet, dass er die Affäre selbst inszeniert habe, um von der Zuspitzung der innenpolitischen Krise abzulenken.